

Volksstimme

Eingelnummer 30 Fig.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Braunschweig 17.
Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reich-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag: S. Engelstein, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Fernspr. 5407. Vertriebskonto Leipzig 9 70. 87573

Nr. 31 Bezugspreis: Durch Austräger monatlich 6,00 Mk., einschließlich Erd-erlösh. Für Abnehmer 5,50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.— monatlich 6,00 Mk. einschließlich Postgebühren.

Halle, Montag, den 7. Februar 1921

5. Jahrgang

Briand ruft um Hilfe.

Reines über Deutschlands Zahlungsfähigkeit — Eine Krise in der russischen Kommunistischen Partei — Der Selbstmord des alten Regimes.

Paris, 6. Febr. Briand richtete heute vormittag durch die Chicago Tribune an das amerikanische Volk einen Aufruf zur Unterstützung Frankreichs in der Reparationsfrage. Frankreich werde sich nicht verbiegen an das Solbaritätsprinzip Amerikas wenden. Die Einigkeit aller Nationen, die in den Schlachtfeldern für die Sache der Freiheit getämpft hätten, sei unerlässlich für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme, denen man jetzt gegenübersteht. In Frankreich ist man der amerikanischen Freundschaft sicher, die sich im Laufe von Jahrhunderten bewährt habe. Die beiden Regierungen würden sich über der öffentlichen Meinung in ihren Ländern unterstützen werden.

Nach dieser Richtung habe die Regierung hinsichtlich der militärischen Verpflichtungen einige Fehler begangen, namentlich was die Dagech anlangt, und diese Fehler müsse man heute teuer bezahlen.

Der Welken der Nationalisten blüht.

Hamburg, 6. Februar. Auf einer von Anhängern aller bürgerlichen Parteien, sowie Mitgliedern zahlreicher Organisationen veranstalteten Protestkundgebung gegen das Pariser Erdbebenentscheidungsprotokoll wurde eine Entschließung angenommen, in der von der Regierung das unbedingte Festhalten an der Ablehnung der unerfüllbaren Forderungen verlangt wird. Während der Veranstaltung läuteten die Kirchenglocken im Bereiche der ganzen Stadt.

München, 6. Febr. Heute mittag fand am Odeonsplatz vor der Feldherrnhalle eine Protestversammlung gegen die Entente-Forderungen statt, an der etwa 20 000 Menschen teilnahmen. Die Ansprache des Obersten von Tübingen schloß mit den Worten: „Lieber Herben als als Staaten der Entente verberben.“

Bremen, 6. Febr. Auf einer Versammlung der nicht-sozialistischen Parteien zum Protest gegen die unaufrichtbaren Forderungen der Entente wurde eine Entschließung angenommen, welche diese Forderungen als im höchsten Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages bezeichnet und die Erwartung ausdrückt, daß keine deutsche Regierung und keine deutsche Volksvertretung sich findet, die auf der Grundlage dieser Bedingungen mit unseren Feinden zu Verhandlungen bereit sei.

Zu einem Proteste gegen die wahnwitzigen Forderungen der Entente sind von Rechts wegen nur die sozialistischen Parteien berechtigt. Die Bürgerlichen ohne Ausnahme haben während des Krieges, solange die deutsche Heere siegreich waren, das uns jetzt behidene Schicksal dem Feinde zugebah.

Nationale Einheitsfront in Bayern.

Kommunisten und Deutschnationaler Arm in Arm. Wie dem „Vorwärts“ ein eigener Drahtbericht aus München meldet, hat dort der kommunistische Landtagsabgeordnete Graf in einer großen Kommunistenversammlung am Freitag sich für ein Bündnis mit den deutsch-nationalen Studenten und für einen gemeinsamen Krieg gegen die Entente ausgesprochen. Das Münchener kommunistische Organ, die „Neue Zeitung“, schreibt: „Lacht uns auf die Straßen gehen und die revolutionäre Volkserhebung ausführen! Lacht uns die Vaterrepublik zusammen ausrufen! Lacht uns eine Rote Armee für das Jettatler der Jugend schaffen! Rechts- und Linkssozialismus vereinigen sich zu gemeinsamer Aktion!“ Diese Art neuer Kriegspolaphie hat natürlich bei den deutsch-nationalen Studenten in belinden Widerspruch gefunden. In Scharen waren sie in die kommunistische Versammlung gekommen und unterhielten dort die Kriegshetze des Kommunisten Graf mit lärmendem Beifall. Alle Erinnerung an die Münchener Vaterrepublik, an die Blutopfer, die ihrerwegen gebracht sind, war mit einem Schlage vernichtet. Brüderlich finden sich Deutschnationaler und Kommunisten zusammen, um aufs neue das deutsche Proletariat in einen aussichtslosen Krieg zu führen. Die Regierung Raab-Föhner, die mit dem Ausnahmezustand regiert und jede Gewerkschaftsvereinnung unter polizeiliche Bewadung stellt, sieht dem Treiben freudlos zu. Wenigstens hört man nichts davon, daß sie in irgend einer Weise gegen die neue Kriegshetze Stellung genommen hätte. Wahrscheinlich vermutet sie, mit ihrem Schweigen ein dem deutschen Volke wohlgefälliges Wert zu tun.

Aber was kein Eingreifen einer Ausnahmezustandsregierung erzielen könnte, das muß den Nationalsozialisten von rechts und links so deutlich vor der Wehrheit des deutschen Volkes begründlich gemacht werden: Hier haben gegen ein Blutopfer dem Kriegsmaloch gebracht und haben keine Scheuklapp nach neuen. Weder um dem deutschen Militarismus wieder in den Sattel zu helfen, noch um den russischen Bolschewismus in Deutschland hauen zu lassen. Viel allem Ernst und aller Entschlossenheit, mit der das deutsche Volk die Pariser Forderungen ablehnt, will es doch nicht den Gedanken aufkommen lassen, daß es zu einem neuen Krieg dränge!

Woggen die Kommunisten den Deutschnationalen und damit der monarchistischen Reaktion in die Hand arbeiten, die Wehrheit des deutschen Volkes wird zeigen, daß es fest hält an der demokratischen Republik und an dem Gedanken des Rechtes, nicht der Gewalt! In Preußen besonders wird man schon in wenigen Tagen Gelegenheit haben, den Kriegshetzern in blutroter die in Schwarzweiß-roter Gewandung durch den Stimmzettel die Stimmung des Volkes begründlich zu machen!

Siedlungswesen, Reichsiedlungsgesetz und Ausführungsbestimmungen.

Für Volksschreiter, Interessenten und Referenten.

Je mehr man sich mit dem Reichsiedlungsgesetz beschäftigt, desto klarer erkennt man, daß die Durchführung desselben für den Aufbau des durch den unglücklichen Krieg zerstörten deutschen Wirtschaftslebens von unendlicher Bedeutung ist.

Wenn man aber die Durchführung des Gesetzes aumerklich beobachtet und Berichte von Siedlungsinteressenten hört und in die Hände bekommt, welche die Widersprüche und der landgebenden Großgrundbesitzer und Behandlung der Anträge schildern, so erkennt man wieder, wie jedes Gesetz, welches im Interesse der Allgemeinheit Deutschlands Aufbau fördern will, durch die kapitalistische Macht zur Unwirklichkeit verurteilt ist.

Der Fuch der Armut macht auch die Siedlungsinteressenten ohnmächtig, denn zu den örtlichen Terminen, bei welchen die Anträge der Siedler behandelt werden, erscheinen die Großgrundbesitzer mitunter in Begleitung eines, auch gar zweier Rechtsanwält, die den Großgrundbesitzer mit ihren juristischen Auslegungen vor Landabgabe schützen. Die Vertreter der Interessenten sind Kleinrentner und Parteipretäre, die den Großgrundbesitzern und Rechtsanwält in bezug auf Kenntnisse des Siedlungsgesetzes und der damit verbundenen Ausführungsbestimmungen, wie auch der preußischen Gesetze über Rentengüter nicht gewachsen sein können. Dazwischen ist der Rententrägerschaften als unparteiischer Staatsbeamter. Die Folgen sind die Ausschöpfung des Siedlungsgebietes zum Wohle der Großgrundbesitzer, aber nicht der Interessenten und der Allgemeinheit.

Un glaublich, aber wahr ist es, daß in einem Falle das Refutiat von Anträgen auf ca. 200 Morgen Land, geteilt von 36 nach dem Gesetz berechtigten Antragstellern, trotz nach dem Gesetz vorhandener Fläche, die Ueberweisung von 25 Morgen Land zu lebenslanglichem Pacht mit Kündigungsercht war, und daß auch im übrigen fast ausschließlich Pachtland überwiegen wird.

Den Interessenten müssen bei den Terminen Vertrauensleute zur Seite gestellt werden, die das Allgemeininteresse über das Interesse der kapitalistischen Großgrundbesitzer setzen und Sachverständige sein müssen und die pflichtigen Auslegungen des Gesetzes widerlegen können. Nur so kann die landhungrige ländliche Bevölkerung zu ihrem gesetzlichen Rechte kommen. Viele Vertrauensleute unterliegen auf die Behörden bei Feststellung der Güter und Flächen, welche gemäß § 16 des Siedlungsgesetzes von den Landbesitzern verbunden in erster Linie erworben werden sollen.

Das Verhalten des Großgrundbesitzer, der zugleich die Landbesitzerscheine besitzt, geht dahin, Land möglichst nur partiell abzugeben. Diese Parteien hoffen immer noch, wieder das Zepher zurückzubekommen und damit das wertvollste Land. Sie wissen genau, daß, wenn das Land erst mal grundbuchlich an die Siedler zu Eigentum übertragen ist, sie es dann endgültig los sind dagegen kämpfen sie. Bei den jetzt größtenteils geübten Verfahren, Land nur partiell und nicht zu Eigentum zuzugewinnen, ist es schade, um die Kosten, die dem Staate durch die behördlichen Arbeiten entstehen.

Bei unserem demokratischen Staatswesen muß den Interessenten geholfen werden. Das Volk hat nach Gesetz und Recht Anspruch darauf.

Die Durchführung des Gesetzes ist aus bevölkerungspolitischen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gründen eine Notwendigkeit. Der Hauptzweck, welcher erreicht werden soll, ist die Schaffung neuer ländlichen Anhebungen, sowie Siedlung bestehender Kleinrentner auf die Größe einer selbständigen Väternaehrung; ferner die Befähigung von Bauern (Gewerke und Rentierland) für land- und forstwirtschaftliche Väternaehrung, Rentnerrenten und Antiegentnerrenten werden im Wege des Rententont zu sehr geringen Gehältern, weil einmal die Rententont zu sehr geringen Bedingungen belicht und das Verarbeiten für den Siedler bedeutungsvoll vereinigt ist. Nachteile entstehen auch dem Antiegentner nicht, dessen bisheriger Besitz mit dem zugewonnenen Land zu einem „Rententag“ vereinigt wird. Die Rente ist ablösbar je nach Vereinbarung. Nur der Verkauf von Zeilflächen des Gutes unterliegt der behördlichen Genehmigung und mit Recht, denn jede Spekulation mit Land soll durch das Siedlungsgesetz unterbunden werden, besonders aber darf das zu günstigen Preisen erorbene Siedlungsland nicht spekulativ ausgenutzt werden. Auch sollen die neugebildeten Anhebungen möglichst in ihrer Größe erhalten bleiben.

Außer Neufeldbereichen kommen für die Landbesitzung in der Regel nur landwirtschaftliche Kleinrentner in Frage. Ist genügend Land zur Verfügung, so können nach den Ausführungsbestimmungen auch Personen ohne eigenen Grundbesitz berücksichtigt werden. Kleinrentner sollen möglichst zur selbständigen Väternaehrung vergrößert werden, die ordnungsmäßige Bewirtschaftungsmöglichkeit muß aber gegeben sein.

Lloyd George redet auch über Paris.

London, 5. Febr. (W.B.). In seiner aus Anlaß der Verleihung des Ehrenbürgerrechts in Birmingham gehaltenen Rede erklärte Lloyd George, die Pariser Konferenz, die mit Bezug auf gewaltige Fragen in einer Woche zur Uebereinnung gelangt sei, sei sich demgegenüber, daß es unglücklich sei, den Weltfrieden wiederherzustellen, bevor in Mitteleuropa normale Verhältnisse herrschen. Erste Vorberingung dafür sei die Wiederherstellung eines wirklichen Friedens, der abhängig von der Rekapitulation der Friedensvorsorge.

Deutschlands Militärmasse müsse unwiederherstellbar zerstört werden. Deutschland habe bereits ausgeliefert 900 Geschütze, 33 Millionen Granaten, 70 000 Maschinengewehre, 3 Millionen Gewehre, 411 Millionen Patronen. Außerdem habe aber noch immer zu viel Kriegsmaterial und Munitionsherstellungsmaschinen und zu viel ausgebildete Mannschaften. Lloyd George behandelte hierauf die schwierige Frage, Deutschland die Reparation zu zahlen zu lassen, wie das dabei dem Empfänger Schaden ausweicht werde. Er durch billige Waren, was Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßte, und die Frage der Werkstoffe. Lloyd George sei, die Deutschland vorige Woche überreichte Rechnung sei die Ermäßigung der Schmiergeldern, mit denen Deutschland fämpfen habe, gegründet. Die Rechnung sei ausgehellt werden im Verhältnis zu Deutschlands Wohlstand, da Deutschland anfangs seiner augenblicklichen Lage zuerft nur Minimum bezahlen könne. Simons, der ein außerordentlich aufrichtiger Staatsmann sei, klagte sich darüber, daß die Rechnung der Alliierten nicht vollständig sei. Lloyd George sagte, Deutschland könne die gesamte Rechnung haben, fertig vorliegen, er rate jedoch zur Annahme der bereits geleisteten Rechnung. Deutschland möge sich nicht durch persönliche Feindschaften dazu verleiten lassen, die Toten von 1914 zu wiederholen. Deutschland sei noch nicht so besteuert, wie Frankreich und Großbritannien. Die Forderungen der Alliierten seien gering und müßten durchgeföhrt werden.

Wenn alternative Vorschläge unterbreitet werden würden, würden sie ehlich in Betracht gezogen werden. Aber der Versuch, einer Zahlung zu entgehen, könne nicht gete werden. Nichts könne die Alliierten dazu verleiten, eine strenge Aktion zu unternehmen, als das Gefühl, daß sie Deutschland von 1914 gegenüberständen.

Eine Ministertorenz in Berlin.

Berlin, 5. Februar. Amlich. Unter dem Vorsitz Reichszuglers fand heute eine Besprechung der aats- und Ministerpräsidenten mit dem Reichskabinett über die durch die Note vom 29. Januar geforderte politische Lage Itali. Der Minister des Auswärtigen gab einleitend eine Uebersicht über den Inhalt und Bedeutung der Ententeforderungen und über die Stellung und die weiteren Absichten des Reichskabinetts. Der auswärtigenminister ergänzte diese Ausführungen nach wirtschaftlichen Seite. Der Reichsminister des Innern te die im Inlande zu ergreifenden Maßnahmen dar. mliche Anwesende erklärten ihre grundsätzliche Einverständnis mit der Stellungnahme des Reichskabinetts, wie die aus der Reichstagsrede des Ministers des Auswärtigen ergibt.

Scheidemann über die Krise.

Paris, 5. Febr. Der Berliner Vertreter der Telegraphenagentur „Eit Europe“ hat Scheidemann interviewt, der erste, man habe wenig von den französischen Sozialisten zu erwarten, aber man erwarte um so mehr von der Besinnung der Kraft der englischen Arbeiter. Die immer stärker werdende Arbeitslosigkeit, unter der sie litten, sei eine direkte Folge der Politik von Versailles und die Krise könne noch durch die Entschuldigungen der Pariser Konferenz verzögert werden. Scheidemann sagte auch, seine Partei werde die Regierung unterstützen, solange ihre Handlungen mit der Hermann Müller verlesenen Erklärung übereinstimmen.

An die Arbeiter der Welt.

Die Elfenbein, die in Afrika abgeholt wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden! Die europäischen Großmächte, die angeblich den Bantustan errichten wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen.

Schwarze Soldaten, die aus dem Inneren Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun.

Die Elfenbein wird eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit zur höheren Ehre Gottes und der Menschheit.

Vier Jahre haben die Völker Europas unter dem Krigen gelitten. Vierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft ihrer Herren, denen die Gegner die Schuld am Krigen zuschieben, verleben müssen. Ihre Kinder und Kindesinder sollen verlorren erben und sterben. Sie jetzt sollen wie die Arbeiter, die unter dem Joch gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben.

Ungleich ebenbürtig, wie das ganze deutsche Nationalsozialismus vor dem Krigen ausmachte, soll im Laufe von 42 Jahren von den deutschen Arbeiter erzeugt und am Sieger abgeliefert werden, erzeugt in einem Lande, dem man schon die ungeschwätzten Wästen aufzerteilt, seine Nationalflagge am großen Teil genommen und dem man den Abich der Werte seiner Arbeit nach an deren Rändern unterbindet.

Das deutsche Volk hat sich erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gutzumachen, es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen.

Schmerz und Bitterkeit werden sich in die Herzen einschleichen, auch in die Herzen derjenigen, die ihr eigenes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverbrüderung gekämpft haben.

Arbeiter der Welt, Ihr habt das Wort!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angekündigtenbund (Afa). Reich der Freien gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

rung des Ministerialdirektors Lewald, der natürlich im Einverständnis und auf Weisung seines Chefs, des Staatssekretärs Hessefisch, handelte. Hessefisch verdrängte sich hinter dem Hauptauslassung, in dem er unabkömmlich sei, er könne nicht in den Verfassungsausschuß kommen. Als ich um die Entsendung Lewalds oder wenigstens eines Geheimrats ersuchte, damit wir dauernd verhandeln könnten, antwortete er, daß ihm Lewald im Hauptausfluß unentbehrlich sei. Als ich mich trotzdem weigerte, den Verfassungsausschuß feiern zu lassen, antwortete er gereizt: „Gut, dann werde ich Ihnen einige Statisten schicken.“ Er schickte dann aber doch Lewald, weil ihm vor unferem Entschlossenheit Willen grante.

Die Arbeiten des Verfassungsausschusses waren auch dem Reichstagsrat abgeben.

Das geht deutlich hervor aus einem Eintrag in mein Tagebuch vom 7. Mai 1917. ... Um 42 Uhr bin ich mit dem Reichstagsrat ... Er würdigt mich eine Rücksprache vor unferen Reden über die Internationalität. Ich sage zu und erkläre ihm gleich: Wenn er etwas sage, was die Rechte befriedigt, so würde ich mir erklären müssen, daß wir drei Jahre lang uns in einer Täuschung befunden hätten und daraus Konsequenzen ziehen müßten. — Er: Die Rechte. Sie glauben nicht, wie ungenügend wir gerade jetzt sind. — Ich: Die Verfassungsausschüsse. — Er: Ich sehr erbaulich. — Ich: Ich bin sehr dankbar. — Er: Der Eintrag in die Komma dazu hat bei der Ernennung der Mitglieder. — Ich: Was glauben Sie, was das ausgenutzt wird? — Ich sage ihm sofort in die Parade, sekte ihm den Ruf ausgenommen und bebauerte, daß er „ungenügend“ informiert ist. Ich sagt ihm dann weiter, daß ich alles, was bisher im Verfassungsausschuß gemacht worden ist, quasi für „Kleinrat“ halte, ohne den der Reichstag nicht entweichen könne, wenn er nur wollte. — Er: Für die ganze Verfassung. — Ich: Ich bin der Verfassungsausschuß eine weitere Kommission hinzusetzen müßte. Vergessen Sie nicht, daß viele Verfassungsausschüsse in der Welt sind. Und die sind die „D. T. F.“, „Arbeiter“, „Tägliche Rundschau“ und Herr Georg Bernhards in der „Kölnischen Zeitung“ im Kampfe gegen mich. Auf die Dauer bleibe ich solcher Inkonsequenz Kampfe natürlich nicht ohne Einwirkung. Was ich den dann die höchsten Offiziere anders als die Reichstagsmitglieder. Und das ist im Krigen! Nein, dieser Ver-

fassungsausschuß jetzt — das geht wirklich nicht so weiter. Ich erhohe den entscheidendsten Widerspruch. Er: Die Geschichte mit den Disziplinierungen dürfen wir jetzt unter keinen Umständen an das Forum kommen lassen. Ich: Das werden Sie nicht verhindern können, denn abgesehen von dem paar Konventionen steht der Reichstagsrat da und ich sitze gerade hinter die dieser Arbeit. Wir müssen eine Verständigung finden, das darf jetzt nicht an das Forum kommen. Wenn Sie wüßten, wie bergelichen oben wirt.

Bethmann war wenigstens immer offen in seiner Gemessenheit und griff nicht zu dem Kleingehirn der Sabotage und der offiziellen Unwahrscheinlichkeiten. Ganz anders andere Regierungsstellen!

Gerade im Verfassungsausschuß kam mir so recht klar zum Bewußtsein, wie tumber eine Regierung handelt, wenn sie sich fürcht, die Demokratie nicht zu bestehen zu können. Die viel Erörterung hätte erfordern können, wenn die widerstrebend verordnete Reform des preussischen Wahlrechts auch tatsächlich durchgeführt worden wäre! Wäre die Zustimmung des nordischen Parlaments als Folge des verlorenen Krigen am 9. November 1918 nicht geradezu unmöglich erfolgt, so würde die Regierung durch ihr zweideutiges Spiel mit der Wählerreform, in Verbindung mit zahllosen anderen Sünden, besonders den im Verfassungsausschuß begangenen, die Revolution geradezu erzwungen haben.

Rechtfertigung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik durch die Kommunisten.

Die „Kote Jahne“ wirt in einem Artikel, betitelt: „Sozialistische Regierungskombination“, der „Freiheit“ vor, sie wüßte nur deshalb die „Einheitsfront der Arbeiter“, weil sie sich in „bequeme Opposition“ reiten wollte. Die „Kote Jahne“ fährt dann weiter fort: „Sobald die Revolution nicht erwinnt, sondern unerwünscht für die Arbeiterklasse wäre, da sie ihre Bedrohung durch die Kontrorevolution erhöhte.“

Das ist eine Rechtfertigung der Taktik der Sozialdemokratie.

Der Ausschuß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes lehnte in einer abgeschlossenen Sitzung die geplanten Zoll erhöhungen und alle Beschränkungen der Einfuhr ab.

Lamm, der Vater, aber hoch sie bei Seite. Die Arbeiter gabeln splittert Geldscheit, als bekamen sie insgesamt Dampfdruck aufgeföhrt. Der Vorliegende sagte immer „Ich interessiere mich nicht!“ Aber er meinte damit nicht mehr das, was er nicht sah, als das Geld, das aus allen Ecken hervorgrante.

Die Zuzuhörer waren die Herrschaften in das Schlafzimmer getreten. Hier waren sie Spuren früherer Wohlstandes der Betreffenden, auch für die Kinder, waren noch aus guten Zeiten. Was sie aber als Inhalt den Kliden darbot, sprach ihnen Unbezwingen hoch. Es war mehr als bedrückend, daß vor vielen Verurtheilten, dem Zwin als Erlaß für das Zeilen dienen zu lassen.

Das Gefühl der bedrückendsten Armut legte sich hier auf das Brust, alle empfinden, ohne daß ein Wort gesagt wurde, wie tief unser Volk gesunken ist. „Dabei ist dies noch eine Familie, die ihren ererbenden Vater hat“, sagte der Vorliegende kleinlaut vor sich hin.

Feinliches Schweigen. Einer lag angelehnt auf dem Boden, der zweite drängte zur Tür und der dritte Unternehmer verurtheilte seine Verlegenheit dadurch abzuhelfen, daß er einige Papiermat für die Kinder sammeln wollte.

„Nein, nein“, wehrte Lamm ab, „diese vollwertige Bildung war lohnlos. Ich wollte ihnen nur zeigen, daß ich meine Unbezwingen genau kenne. Deshalb wundere ich mich wegen Ihres Streites, ob wir einige Punkte höher oder tiefer legen. Wir hier fallen immer tiefer, ob ruhig das Bett oder das Nichts oder die Schube heute etwas billiger werden, um schließlich wieder zu steigen. Es geht nicht! Ich habe nicht geäußert, ob ...“ er machte eine kleine Pause und sagte dann als Parlamentarier hinzu: „Dabei ist meine Frau ein Jümel an Parlamentarier.“

„Sie haben auch fünf Kinder“, sagte einer von den Unternehmern. Es lag beinahe wie ein Vorwurf.

„Belast ich nur drei, wärs nicht besser; dann hätte ich meine Ansprüche ein klein wenig dem höheren Durchschnitt angepaßt. Der Grad der Verzweiflung wäre der gleiche. Ich arbeite nur um das höchsten Elend.“

Die Kommission überdachte sich. Was die Arbeiter und die Unparteilichen während des Mittagsmales verhandelt haben, wird niemals ein Mensch erklären. Ich sah die Seiten um drei Uhr wieder traufen, wurde jedenfalls, aber geforderter Fühlung, der restlos beseitigt. Lamm sprach sein Wort mehr, er lag als wahrhaftig Beispiel da, er wüßte ja gut genug. Jedenfalls war seine Beweisführung wirklich geschildert.

Wirtschaftliche Bedürfnisse, meist pekuniäre Wünsche, sind bei der Landbebauung maßgebend.

Alle landwirtschaftlichen Betriebe, die bereits selbständige Ackerbauern bilden, (selbst bei der Landbebauung aus.)

Anträge sind beim zuständigen Kulturamt zu stellen. Dieselben müssen enthalten: Angabe der Größe des Betriebes in Morgen, beantragte Fläche, Name des Großgrundbesizers (Landgebers) und Name, in welcher das Siedlungsland liegt.

Die Landbebauung erfolgt a) durch Kauf, b) durch Pacht mit Kaufanwartschaft, c) durch Pacht.

Haus mit Landwirtschaft — wenn auch nur Garten- oder Obstland — berechtigt zum Landantrag, auch wenn der Bewerber Handwerker, Arbeiter usw. ist. Erfahrung in der Landwirtschaft ist Voraussetzung.

Die Siedler müssen möglichst antrieben, das Land als Eigentum zu erwerben, gegen Kapital oder Rente.

Interessenten einer oder mehrerer Ortsflächen schließen sich zusammen und schicken ihre Anträge geschlossen an das zuständige Kulturamt.

Kauf-, Anleiher-, Grundbuchberichtigungskosten sind von den Interessenten nicht zu zahlen. Die Kosten für Vermessung usw. sind erzwänglich.

Die Bewerber der Güter von 400 Morgen und darüber sind bezugsweise in Landlieferungsverbände zusammenzufassen. Diese haben auf Verlangen des Kulturamtes zu Siedlungsstellen geeignetes Land zu einem angemessenen Preise — gemeiner Wert des Landes im Großbetriebe ohne Rücksicht auf Versteigerung und außerordentliche Verhältnisse des Kriges — zu bezeichnen. Erfolgt keine freiwillige Abgabe, ist das Land zu enteignen. Verhandlungen und Festlegung der Preise erfolgt von der Auflichtbehörde — Kulturamt und Landeskulturamt. Ein Bewerber kann selbst Land an Siedler veräußern.

Ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Gut über 400 Morgen ist zu Siedlungen freigegeben; jedoch darf die Wirtschaft der einzelnen großen Güter nicht erschwert werden.

Zu Siedlungsstellen sollen besonders erworben werden: Güter im Besitze von Nichtlandwirten, Spekulationsgüter und solche, welche sich bewirtschaften lassen; ferner Bauerngüter, welche von Großgrundbesitzern in den letzten drei Jahren aufgekauft sind und früher selbständige Güter oder Landbesitz waren.

Besetzung von Pachtland für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, welche mindestens ein Jahr in Landwirtschaft tätig sind, können auf ihren Wunsch sowie Pachtland erhalten, wie sie zum Bedarf ihres Haushalts nötig haben. Landgemeinden und Gutsbezirke müssen zweckentsprechendes Land zu angemessenen Preisen beschaffen.

Es gilt festzustellen, wer unter den Landgebern — Großgrundbesitzern — der Durchführung des Gesetzes Schwerkriegkeiten bereitet.

Der Selbstmord des alten Regimes.

In dem in wenigen Tagen erscheinenden Buch Scheidemanns „Der Zusammenbruch“ (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68.) wird gesagt, wie auf allen Gebieten der äußeren und der inneren Welt durch die Unzulänglichkeit des alten Regimes der Zusammenbruch heraufbeschworen wurde. Aus der Fülle zahlreicher Schilderungen, die Scheidemann in seinem Tagebuch festhielt und die mit großer Sachlichkeit wiedergegeben sind, wollen wir heute ein besonders interessantes Stück unserer Vtern darbieten. Es befaßt sich mit dem Kampfe des Verfassungsausschusses, vor allem mit dem Sitz am 2. Mai 1917, an dem er sich aufreißt und seine Treue mit welcher Unfähigkeit die damaligen Machtgeber den Notwendigkeiten der Zeit und den selbstverständlichen Forderungen des Volkes gegenüberstanden.

Scheidemann schreibt: Die Konventionen, hier unter Kreisz Führung, trieben selbstverständlich Opposition. Sie wollten nicht die geringsten Kompromisse machen. Am empfindlichsten war aber doch das Verhalten der Regierungsdirektoren, die ein Verständnis manövrieren nach dem anderen machten, und zwar unter

Lebende Indexziffern.

Eine alltägliche Geschichte von Theodor Thomas.

Sie hatten den ganzen Vormittag wegen einiger Großen Lohnverhöhung verhandelt. Die Unternehmers erboten sich die Kapfe tot, die der Arbeiter waren schon völlig angefahren vor Erregung. Der Streit drehte sich darauf, ob in der letzten Zeit die Preise eine Wenderung erfahren hätten. Die Kommission war bereits auf der Stufe von persönlichen Beleidigungen angelangt. Es wurde viel von Indexziffern geredet. Hin und her — hin und hin schritten die Ziffern. Dr. Glöck, Kaufmann, Calmer und Gert weiß nur mußten ihre wissenschaftlichen Gerüst aufzulösen, auf dem sich die beiden hier im Saale herumtritten. Die Indexziffern, die von einer Steigerung sprachen, erkannten die Arbeitergeber nicht an, es sei alles billiger geworden, behaupteten sie.

Einer von den Arbeitervertretern, er hieß Lamm, der bisher noch kein Wort geredet, aber den Ausführungen aufmerksam gelauscht hatte, erbat sich das Wort:

„Was ist das eigentlich, eine Indexziffer?“ fragte er ganz harmlos.

Der unparteiliche Vorsitzende schüttelte verwundert den Kopf und nahm die Hornbrille ab: „Was wissen Sie nicht? Indexziffern werden von den Herren Sachverständigen wissenschaftlich zusammengestellt auf Grund amtlicher Notierungen. Ganz unannehmbar“, fügte er hinzu.

„So, ja“, bemerkte Lamm, „wollen Sie meine Herren, das mag alles recht hübsch sein. Viele Feststellungen sind wohl ganz gut, aber ich habe dafür ein System. Es ist gleich ein Uhr, wir werden doch vormittag nicht mehr einig. Nicht hundert Schritt von hier zu meiner Wohnung, wollen Sie sich mal meine „Indexziffern“ ansehen?“

Der Vorsitzende schüttelte erst mißbilligend den Kopf, die Unternehmervertreter zogen prüftliche Gesicht.

Sie werden da was richtiges haben, bringen Sie doch Ihre Aufzeichnungen heute nachmittag mit herüber“, regte der Vorsitzende an.

„Am besten ist es, Sie prüfen sie an Ort und Stelle.“

Kurzes Bedenken. „Nach gut“, meinte schließlich der Unparteiliche, wenn es uns weiter bringt, wollen wir auch den Versuch noch wagen.“

„Guter kommen Sie aus der Sadasse, in der wir stehen, es wird Sie übrigens auch sonst interessieren.“

So wurden die Verhandlungen abgebrochen. Alle sieben wanderten hindern in das kleine Hof, dessen Gestalt bis in das Beratungszimmer herüber sah. Unterwegs meinte einer der Arbeitergeber: „Haben Sie einen Begriff, was das geben soll? Wir ist das Kleinstkind.“

Keiner hatte eine Ahnung. Lamm lief schnell voraus, um den anderen Teilnehmern den Weg zu zeigen. Die Wohnung befand sich im Erdgeschoß. Schon aus dem Zimmerlang ein lebhafter Kinderlärm heraus; als Lamm die Tür öffnete, sah die Kommission ein schönes Bild: fünf Kinder saßen am Tisch, vor ihnen die Mutter, die gerade dabei war, ihren Teller voll Rühmleimtau zu schöpfen. Auf dem Tisch aber lag ein ungeheurer Topf voll Kartoffeln. Der kleine Gast in der Stunde hatte schon eine ganze Menge vom Krant auf seinen Tischen liegen, die Hände im Gebrauch mit dem Löffel noch sehr ungeschickt waren.

„Sehen Sie, meine Herren“, nahm Lamm das Wort, „dies sind meine Indexziffern, lebendige Exemplare, die mit dem Calmer, Glöck, Kaufmann bemessen, daß ich zu wenig verdienen. Sehen Sie sich dieses Essen an. Wir können kaum einmal in der Woche dieses faulen und dann höchsten ein Bündchen. So, wie Sie es hier sehen, leben wir Tag um Tag.“

Keiner sprach ein Wort. Die Frau, die gar nicht wußte, um was es sich handelte, war sehr verlegen. Sie wüßte sich fastmüßig die Hände an der Schürze. Trotz der vielen Kinder war sie sehr sauber. Uebrigens machte die Wohnung, wenn sie auch sehr ärmlich aussah, doch den Eindruck, daß hier eine gewissenhafte Hausfrau waltete.

„So, nun bitte sehen Sie sich die Anzüge und die Wäfige an. Sie finden alles in diesem Spind. Nehmehr, Sie finden nichts. Was da war, ist alles aufgetragen, wir können uns nicht das geringste anschaffen, meine kleinen Lämmchen sind auf die dünnen Zwirnsträden angewiesen, die sie auf dem Leibe tragen.“

Er rief zwei Schubladen auf, in denen sauber und nett gefaltet einiges an Wäfige lag. Aber auch, ohne daß die sieben Sachverständigen waren, merkten sie sofort: hier ist eine solche Beere, daß es direkt beängstigend wirt.

„Was wir nur sollen, hier ist doch nichts zu sehen“, bemerkte einer der Unternehmern.

„Das ist es gerade, was Sie sehen sollen“, antwortete ihm der Wortführer der Arbeiter.

Frau Lamm machte bei alledem ein sehr unglückliches Gesicht. Sie wüßte nicht, wie ihr geschick. Hätt ich das gemacht, hätt ich das gewußt, daß so Reut kommen, dann hätt ich doch ...“

Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Von Prof. J. M. Keynes - Cambridge.

Prof. J. M. Keynes, der durch sein Buch „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ schon in weitem Maße bekannt ist, eine neue Schrift „Der Friedensvertrag von Versailles“ erschienen. Angesichts der geradezu wahnwitzigen Vorstellungen, die der französische Finanzminister Doumer auf der Pariser Konferenz auf die deutsche Wirtschaft stellen zu dürfen glaubte, werden die nachstehenden Ausführungen Keynes' höchstem Interesse wecken.

Es ist klar, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit, einen jährlichen fremden Tribut zu entrichten, von dem Kriegesgrößer war als jetzt, nachdem es fast jene gesamten Kolonien verloren, seine Verkehrsverbindungen, seine Handelsmarine und seine überseeischen Besitztümer einbüßt hat. Denn es hat 10 Prozent von Land und Bevölkerung abtreten müssen, ferner ein Drittel seiner Rohstoffförderung, wenn Oberschließen verloren geht, drei Viertel seiner Eisen- und Stahlindustrie. Das sind 2 Millionen Mann im besten Lebensalter zu rechnen. Die Zahl der arbeitsfähigen jungen Arbeiter vermindert sich um ein Drittel, die Zahl der älteren Arbeiter um ein Viertel. Das sind Millionen von Arbeitskräften, die dem deutschen Volk fehlen werden. Die nachstehenden Ausführungen Keynes' zeigen, daß dies kein geringes Verhängnis ist.

Es gibt für Deutschland eigentlich nur drei Möglichkeiten, seine Schulden zu bezahlen: 1. sofort übertragbare Güter in Form von Gold, Schiffen und ausländischen Sicherheiten; 2. der Eigentumswert von abgetretenen oder unter dem Waffenstillstand übergebenen Gebieten; 3. jährliche Zahlungen auf eine Reihe von Jahren verteilt, teilweise in bar und teils in Materialien, wie Kohlenprodukte, Raub und so weiter.

Es gibt keinen anderen Weg, wie man auch immer denken mag. In meinem Buche habe ich den Wert der beiden ersten Punkte genau analysiert. Was sich selbst er ergibt hat, hat zu dem Schluß geführt, daß meine Schätzungen eher zu hoch als zu niedrig waren. Auch sind meine Ziffern von niemand ernstlich angegriffen worden. Der allgemeine Schluß der Prüfung der gültigen Daten ist daher, daß eine Summe von 500 Millionen bis 2 Milliarden Dollar das Maximum ist, was nach Zahlung der Kosten der Zahlungsarmee übrig bleibt.

Es wird vielleicht dem Leser helfen, sich zu vergegenwärtigen, wie geringfügig der wirtschaftliche Übertragbare Reichtum Deutschlands im Vergleich zu der oben erwähnten phantastischen Größe ist, wenn ich einen besonders wichtigen Punkt anführe. Der Gesamtwert der deutschen Handelsmarine, die nach dem Vertrag der Alliierten für sich gehalten ist, ist mit 600 Millionen Dollars gegenüber der Zahl von 40 Millionen Dollars. Die angesehene Kriegsangelegenheiten des Krieges der Welt und das Fehlen der Schiffe haben zu einer vollkommenen Abschreibung der Handelsmarine; hierzu kommt noch die Tatsache, daß das, was wir als die Grenze des Möglichen ansehen, so enorm überschritten wurde, daß jene, die ihre Erwartungen aus der Vergangenheit schöpfen, oft Unrecht hatten, und daß schließlich deshalb dem Namen aus dem Werte jeder Tonne und jedes Schiffes für Zahlen und Größenverhältnisse in Finanzangelegenheiten verloren gegangen ist. Aber wir müssen bedenken, unteren Sinn für Wirtschaftlichkeit wiederzukommen.

Wenn der Vertrag für Deutschland sofort übertragbares Eigentum unweitens ist, so muß sich die Wiederherstellungsmöglichkeit hauptsächlich an die geschätzten jährlichen Zahlungen halten. Dies ist es eigentlich nur einen Weg, wie solche Zahlungen erfüllt werden können (abgesehen von vorübergehenden Anleihen an Deutschland selbst fremder Länder), nämlich dadurch, daß der Export des deutschen Exports den des Imports übersteigt. Daraus folgt, daß eine rationelle Schätzung der Möglichkeit nur auf der Basis gemacht werden kann, daß nur die handelsüblichen Deutschlands vor dem Krieg und die jetzt mögliche Steigerung seines Exports prüft.

Es ist nicht nötig, auf dem mit zur Verfügung stehenden Raum in Einzelheiten darüber einzugehen, aber ich komme zu dem allgemeinen Schluß, daß es keine vernünftige Wahrscheinlichkeit dafür gibt, daß Deutschland jährlich mehr als 500 Millionen Dollar bezahlen kann. Diese Summe hat noch niemand im Einzelnen in Frage gestellt, wohl aber wurde es von vielen hervorragenden Autoritäten als eine der besten bisher vorliegenden Schätzungen beschätzt.

Eine Kritik der russischen kommunistischen Partei.

Der „Lithuanian“ meldet: Das der heutige Streit, der in der russischen kommunistischen Partei um die Gewerkschaftsfrage entbrannt ist, zu seiner Klärung geführt hat, bemerkt der nunmehr im Wortlaut vorliegende Artikel Lenins, „Die Kritik der Partei“ in der Nr. 13 der Moskauer „Pravda“ vom 21. Januar. Lenin schreibt wörtlich: „So sind wir von kleinen Meinungsverschiedenheiten zum Opportunismus übergegangen, der den vollen Bruch mit dem Kommunismus und die unermessliche Spaltung der Partei bedeutet, wenn die Partei sich nicht rasch und gesund genug erweilt, um sich selbst und radikal von ihrer Krankheit zu heilen.“ Lenin gibt in seinem Artikel eine Geschichte der Konflikte. Es heissen sich als äußerste Mängel im Streit die Richtung, welche die Partei im Kampf gegen die „Schwächlinge“ vertritt die sogenannte „Arbeiteropposition“, die sich auf die breiten Massen jener gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stützen will, welche durch die militärischen und diktatorischen Methoden der Beeinflussung der Gewerkschaften von oben her zur Opposition veranlaßt eine sofortige Übergabe des wirtschaftlichen Staatsapparates an die Gewerkschaften verlangen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, hat Lenin seine These aufgestellt, welche im Gegensatz dazu die Gewerkschaften ganz unter den Einfluß der kommunistischen Partei und der wirtschaftlichen Organisation bringen, die sie mit ihnen verschmelzen und ihnen dann die Produktion übergeben, was Lenin hat durch sein Hervortreten den Streit erst recht entfacht und, wie Lenin hier vorwirft, eine „Nationalisierung“ innerhalb der Partei hervorgerufen. Auch die landwirtschaftliche Opposition ist nur noch Räuber an-

gemacht. Sie wird jetzt verhaftet durch verschiedene weitere Gruppen, wie die Gruppe des demokratischen Zentralismus“ unter Sapronow, Orlinski u. a., und die Gruppe Ignatows. Diese Gruppen wetteifern, nach Lenin, darin, welche von ihnen den partiellen Arbeitern die meisten Rechte verleihe. Lenin selbst ist zwar bereit, der „Arbeiteropposition“ gewisse Zugeständnisse zu machen, bekennt aber trotz all dieser Mängel die landwirtschaftlichen Strömungen wie die Richtung Trotski als gefährlich. Am gefährlichsten erscheint Lenin jetzt der Standpunkt Bogdanins, der sich allerdings mit Trotski rettet, indem er ebenfalls eine Übergabe zum Sozialismus vorgekommen hat, indem er verlangt, daß die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaturen in die entsprechenden staatlichen Wirtschaftskomitees obligatorischen Charakter tragen sollen. „Dies“, sagt Lenin, „ist der vollständige Bruch mit dem Kommunismus und der Übergang ins Lager des Sozialismus, es ist die Wiederholung der schändlichen Parole der „Vergewaltigung des Staates“, es ist die schändliche Übergabe des Apparates des Obersten Volkswirtschafts in die Hände der entsprechenden Gewerkschaften.“ Wenn die Gewerkschaften, die h. u. zum Teil aus russischen Arbeitern, die Leitung der Industrie bestimmen, was ist denn noch die Partei? Lenin bezeichnet diese Richtung als eine „prinzipielle Demagogie“ und fordert auf zum Kampf gegen jene ungeliebten Elemente der Opposition, welche dazu gelangt sind, jede Militarisierung der Wirtschaft, die Methoden der Erneuerung von oben her, ja sogar schließlich die führende Rolle der Partei gegenüber der Masse zu verwerfen.

Der Sitz der Exekutive.

In längeren Ausführungen setzt sich der Vorkämpfer der RPD Scheidt in der „Neuen Freiheit“ mit der Stellungnahme seiner Partei zu Fragen der Exekutive auseinander. Der Kern seiner im übrigen recht uninteressanten Ausführungen ist der, daß unter allen Umständen der Sitz der kommunikativen Exekutive in Moskau sein und bleiben müsse. Wir wissen nicht, wie weit diese sehr breit vertretene Auffassung tatsächlicher Überzeugung entspricht und wie weit sie dem Zwecke dient, Lenin etwas in Verwirrung geratenes Verhältnis zur RPD auf das rechte Gleis zu schieben. Der Weltwart, mit dem Leni der Moskauer Exekutive die Stellung macht, verdient eigentlich Anerkennung anderer Art als jene Lenins Brief an den großen Unbekannten spricht. Nur das Eine möchten wir bemerken: Wenn die Exekutive dort ihren Sitz haben will, wo ihre Tätigkeit am konzentriertesten erscheint, dann haben die Kommunisten wirklich keinen Grund gegen Amsterdam als die Zentrale der internationalen Gewerkschaftsorganisation anzukämpfen.

Betriebsbilanz und Mäße.

Von den Gelehrten, die der Reichstag vor seiner Pause noch verabschiedet hat, bezieht das Betriebsbilanzgesetz die besonderen Interessen der Arbeiterklasse auf das nächste. Das Gesetz ist mit den Stimmen aller anderen Parteien gegen Unabhängigkeit und Kommunisten angenommen worden, nachdem ein unabhängiger Verbesserungsvorschlag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und der Kommunisten abgelehnt worden war. Die Ablehnung des Gesetzes selbst durch die äußerste Linke soll wohl bezeugen, daß man dort, wie übrigens im Lager der Sozialdemokratie auch, das Gesetz als nicht wesentlich genug betrachtet. Da aber selbst ein Gesetz als Mäßigkeit betrachtet wird, käme selbst überhaupt ein Gesetz zustande, wenn man alles absehen wollte, was im Maßstab der Vollkommenheit nicht entspricht. Die Sozialdemokratie lehnt solche Mäßigkeit ab.

Das Gesetz hat den Zweck, das Recht der Betriebsräte, in die Betriebsbilanz einmündig zu nehmen, zu regeln. Es soll den Vertretern der Arbeiterklasse das ihnen schon im Betriebsrätegesetz zugesprochene Recht zuteil werden, in die geschäftliche Lage des Unternehmens Einblick zu gewinnen. Der abgelehnte unabhängige Antrag, dem auch die Sozialdemokraten zustimmten, hatte verlangt, daß den Betriebsräten außer der Bilanz und ihrer tatsächlichen Erklärung auch die Unterlagen der Bilanz zur Einsicht freigegeben werden sollen. Den Unternehmern ist es jedoch gelungen, in diesem Punkte das beehrte „Gesetzgebungs“ zu retten.

Vergleichen mit der Ruhe, mit der dieses Ergänzungsgesetz erarbeitet wurde, mit den Vorgängen, die sich vor mehr als Jahresfrist bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes selbst abspielten, so merkt man den Wandel der Zeiten. Damals saßen stürmische kommunikativen Agitatoren und ihre unabhängigen Mitarbeiter ihre Häulen zum Sturm gegen den Reichstag, und mehr als vierzig unglückliche Menschen mußten dieses topositischen Unternehmen mit ihrem Leben bezahlen. Um wieviel ruhiger und sanfter ist seitdem das Urteil der ganzen Arbeiterklasse in der Frage der Betriebsräte geworden!

Es gibt heute wohl nur noch wenige Arbeiter, die ernstlich den Glauben hegen, man könnte durch Aufstich einer politischen und wirtschaftlichen Räuberhand alle Uebel der Zeit turieren. Man hat seitdem etwas genauere Einsicht in die Verhältnisse gewonnen, und dabei festgestellt, daß das sogenannte Räuberhandstück dort überhaupt nicht mehr besteht. Auf der anderen Seite hat man hierdurch praktische Erfahrungen in den Betriebsräten gemacht und ist daher von dem Übermaß abgetommen, das man mit Hilfe dieser Einrichtung den Firmen hätten können. Selbst die Kommunisten scheinen ihren alten Kampfspruch „Alle Macht den Räten!“ wieder vergessen zu haben, und es ist ziemlich unklar, was sie überhaupt noch wollen.

Während das Betriebsrätegesetz in Russland von der eigenen Faust des Despotismus erzwungen wurde, ist hat es in Deutschland durch geschickte und entwirrt sich organisch weiter. Auch das neue Gesetz über die Betriebsbilanz ist trotz seiner Unvollkommenheit eine Stufe in dieser fortschreitenden organischen Entwicklung. Der Wert dieses Gesetzes und des ganzen wirtschaftlichen Rahmens besteht darin, daß es die Arbeiterfrage zu konkretem wirtschaftlichen Denken erzieht und ihr ein neues Arbeitsgebiet eröffnet.

Die Arbeiterbewegung hat aus ihren Reihen Abgeordnete, Minister, hohe Verwaltungsbefugnisse, ererbte Gemeinheitsführer heraufgehoben. Diese Elemente, die aus der Masse hervorgehen, bleiben in der Regel innerlich mit ihr verwachsen und in ihrem Dienst. Anders sieht es mit den kommerziellen Begabungen, soweit sie nicht in der Gewerkschaft ein Feldzugsfeld fanden, wurden sie als wirtschaftliche Emporkömmlinge, Kaufleute, Unternehmer, Direktoren, der Masse, aus der sie hervorgegangen waren, ent fremdet und gerieten zu ihr in sozialen Gegensatz. Das bezeugen die von den wirtschaftlichen Räten selbst liegt nun darin, daß es den kommerziellen Begabungen in der Arbeiterfrage die Möglichkeit gibt, ihre Fähigkeiten im Interesse der Arbeiter-

klasse selbst zu entfalten. Ein Entwidlungsprozess, der dadurch begünstigt wird, daß auch ein großer Teil der Angehörigen zu gewerkschaftlichen Denken erwaht ist, den Rätebündel abtreibt und die Arbeiter-Klassenbewegung annimmt für die zukünftige Organisation der Arbeit in sozialistischem Sinn eröffnen sich hier die günstigsten Ausblicke. Nur soll niemand verlernen, daß wir erst am Ende in der Gegenwart stehen, daß es unmöglich ist ihre Stufen zu überspringen, sondern daß vielmehr die geistige Erhebung einer nach der anderen notwendig ist. Der Arbeiterstaat wird das Gesetz über die Betriebsbilanz den Gewerkschaften mitbringen, daß es für einen brauchbareren Betriebsrat wichtiger ist. Bilanzen zu lesen und sich in das Verständnis wirtschaftlicher Einzelprobleme einzurichten zu können, als bloß zu reden zu halten. Es ist eine interessante Erscheinung, daß jetzt schon sehr oft auch in kommunikativen Verkehren, in Betrieben, deren Belagheit sich für kommunikativen hält, ein gewerkschaftlich ererbter SPD-Mann zum Vorsitzenden des Betriebsrats gewählt wird. Beispiele dafür liegen sich aus Berlin und anderen Orten dusendweise anführen.

Inland.

Die Einladung nach London.

Berlin, 5. Febr. (M.Z.). Der französische Botschafter hat gestern im Auftrage des Präsidenten der Pariser Konferenz anlässlich eines Besuches beim Reichsminister des Äußeren mündlich die Einladung übermittelt, zum 1. März deutsche Delegierte nach London zu entsenden. Der Minister hat sich die Antwort auf die Einladung vorbehalten.

Berlin in der Schule.

(R. P. N.) Berlin, 5. Febr. Das Preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat vor einigen Tagen einen Erlass herausgegeben, der bestimmt, daß in allen Schulen in gewissen Stunden auf die wirtschaftliche Bedeutung Oberschließens für die Versorgung Deutschlands mit Kohle, Zink, Eisen usw. hingewiesen wird. Auch ist das bayerische Kultusministerium in einem Erlass bestimmt, daß in den Schulen auf die Bedeutung Oberschließens und auf die Wichtigkeit der Abstimmung hingewiesen wird. Auch wurde angeordnet, Vorträge abzuhalten mit Schülern und multimedialen Vorlesungen zu veranlassen, zu denen die Eltern der Schüler eingeladen werden sollen. Ebenso soll in den Fortbildungsschulen über die Bedeutung Oberschließens gesprochen werden.

Streifende Bauern.

Die reaktionäre Presse meldet, daß die Oberkassationsentscheidung im Zweifelsfall folgendes Telegramm erhalten habe: „In Sachen des päpstlichen Missionsrats fordern wir fortwährende Freizügigkeit der Verhältnisse und Aufhebung aller Fesseln in dieser Angelegenheit sowie Einstellung jeder ferner gerichtlichen Verfolgung der Beteiligten, andernfalls passive Resistenz.“

Weiter teilt die reaktionäre Presse mit, daß die Oberkassationsentscheidung erklärt habe, daß sie sich durch solche Drohungen von ihrem pflichtmäßigen Vorgehen gegen Angehörige nicht abhalten lassen. Wie Bestirne mit Ausnahme des Bezirke-Tübingen haben einen Antrag, den Missionsrat abzulehnen, abgelehnt. Von der ganzen Sache ein kritisches Wort zu sagen, hat sich die reaktionäre Presse wohl gehütet. Wir möchten einmal sehen, was sie sagen würde, wenn sozialdemokratische Eisenbahner besteuert würden, keine Milch mehr in das jubelnde ippige Gassenmarchen Botum gelangen zu lassen. Das Budgetjahr müßten wir hören! Wenn aber Bauern der fähigsten Bevölkerung die Milch abschneiden, dann findet die nationale Presse kein hartes Wort dafür und ist höchstens peinlich beärgert, daß eine Stammfunde von sich geschickt waren, dabei mit dem Staatsanwalt in Konflikt zu kommen.

Der Aufstieg der mittleren Beamten in Preußen. Nachdem vor einigen Tagen, wie schon gemeldet, im Preussischen Landwirtschaftsministerium die früheren mittleren Beamten des Bauern und Oberregierungsrat, Denise I. Hanebuth und Fild zu Regierungspräsidenten ernannt worden sind, sind jetzt, wie die R. P. N. erfahren, im Preussischen Finanzministerium die Ministerialsekretäre Geh. Rechnungs-Söhne und Rechnungsrat Sand zu Finanzrätern ernannt worden.

Ausland.

Das französisch-polnische Bündnis.

Paris, 8. Februar. Gestern Abend ist im Namen der französischen und der polnischen Regierung vor der Presse folgendes gemeinsame Erklärung durch Savas veröffentlicht worden: „Die Regierungen von Frankreich und Polen haben, gleichmäßig beiderseitig um ihre eigene Sicherheit und um die Sicherstellung des Friedens von Europa, abermals die Gemeinschaft der Interessen, die die beiden befreundeten Länder vereinigen, anerkannt. Sie sind übereingekommen, ihren Willen fundzugeben, ihre Anstrengungen zu vereinen und zu diesem Zweck für die Verteidigung ihrer höheren Interessen in enger Fühlung miteinander zu bleiben.“

Die doppelte perillöse Türkei.

Paris, 8. Febr. Nach einer „Temps“-Mitteilung aus Konstantinopel sind die Bedingungen, die Mustafa Kemal Pascha hinsichtlich der Londoner Konferenz in Konstantinopel stellen will, folgende: Der Sultan erkennt die Regierung von Ankara als die einzige türkische Regierung an und wird in Konstantinopel verbleiben, die Regierung provisorisch in Ankara. Das Konstantinopeler Kabinett wird durch einen besonderen Ausschuss, der von Ankara akkreditiert wird, ersetzt. Ankara akkreditiert die Ängpange des Sultans und der kaiserlichen Familie und die Gehälter der Beamten. Diese Bedingungen seien vom Sultan und der Regierung von Konstantinopel hin unannehmbar gehalten worden. Die Verhandlungen dauerten an.

Notizen.

Gegen die Verstaatlichung von Deutschen. Im Interesse des Heimatlandes wendet sich der preussische Minister für Volkswohlfahrt gegen, daß die Vorschriften in dem Gesetz gegen die Verstaatlichung von Deutschen und landwirtschaftlich herangezogenen Gegenständen, die den Schutz gegen unheimlich witzende Bauten be-

... und nur die aus privaten Kreisen fließenden Beiträge der unterliegenden Mitglieder der Vereinigung und die einmaligen größeren Spenden billigerer Firmen ermöglichen es, die sich ergebende Kasse zu befruchten und schließlich die Mitglieder hierüber auch dieses Jahr viele freudige Geber finden, die teils als unterliegende Mitglieder, teils als einmalige Sponsoren das gute Werk unterstützen, das das beitragen soll, das heilige und löbliche Wohl unserer Jugend zu fördern.

Kassenführer der Vereinigung ist Herr August, Abschreibungsleiter Herr ... Das erste Geschäftsjahr des freien Bürgervereins ...

Waffenbrand. Infolge Schabhaftigkeit eines Schornsteins ...

Bekehrungsreise. Am 4. Februar wurde auf den Pulverturm ...

Wälder- und Kleberbeide sind in letzter Zeit, besonders im ...

Ans dem Zoologischen Garten. Zu den fabelhaftigsten ...

Schulhauswärter und Auswärtigen. Heute abend 7 1/2 Uhr ...

Konzert im Zoo. Trotz des unangenehmen Wetters war am ...

Stadtkonzert. Heute, Montag, abends 7 1/2 Uhr, gelangt die ...

Freie Volkshöhe, Halle. Im West (Zentralbau, erster Klasse) ...

Freie Volkshöhe, Halle. Der am Mittwoch, den 9. und in ...

Rechtsmedizin in Heroldsberg. Der 4. öffentliche ...

M. Theater an der Weipziger Straße. Ein geliebtes ...

... mit. Die immer etwas abseitig angelegten Welterfahrungen ...

Provinz und Umgegend.

Werbau. Generelle Beirathung. In ...

Offizielle Beirathung. Die ...

Wälder. Mitgliederbeirathung des ...

Wälder. Die Wälder der ...

Wälder. Eine Ausstellung zur ...

Wälder. Vieh- und Krammarkt. Am 11. Febr. ...

Wälder. Die Gründung einer ...

Wälder. Ein Erfolg für unsere ...

Wälder. Gründungsbeirathung am 2. Febr. ...

freund Stabs. Wohl funktion. Die geheime ...

Wälder. Wälderbeirathung. Eine öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Wälder. Wälderbeirathung. Die öffentliche ...

Aus der Welt.

Wien, 5. Februar. Einer Zeitungs-Korrespondenz zufolge ...

Wien, 5. Februar. Einer Zeitungs-Korrespondenz zufolge ...

Wien, 5. Februar. Einer Zeitungs-Korrespondenz zufolge ...

Wien, 5. Februar. Einer Zeitungs-Korrespondenz zufolge ...

Wien, 5. Februar. Einer Zeitungs-Korrespondenz zufolge ...

Beiznet zum Wahl onds.

Freiwillige Beiträge zum Wandtagungs-Kampfe ...